

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)
Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB)
Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB)
Gruppa svizra per las regiuns da muntogna (SAB)

CH-3001 Bern · Seilerstrasse 4 · Postfach 7836 · Tel. 031 382 10 10 · Fax 031 382 10 16
Internet: <http://www.sab.ch> E-mail: info@sab.ch Postkonto: 50 - 6480-3



Hintergrundbericht

Arbeitsmarkt in den Berggebieten

Michael Amstalden

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)

Bern, 14. Juli 2014

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Vollzeitäquivalente nach Wirtschaftsabschnitten in ausgewählten Kantonen in Prozent

Abbildung 2: Entwicklung der Vollzeitäquivalente im verarbeitenden Gewerbe von 1995-2011

Abbildung 3: Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes in den Kantonen

Abbildung 4: Entwicklung der Vollzeitäquivalente im Detailhandel von 1995 – 2011

Abbildung 5: Ausbildungsintensität in ausgewählten Branchen, 2008, in Prozent

Abbildung 6: Entwicklung der Vollzeitäquivalente im Detailhandel nach Kantonen

Abbildung 7: Wohnungsbau in der Schweiz von 2009 bis 2012

Abbildung 8: Auswirkungen des Zweitwohnungsgesetzes auf die Beschäftigung

Abbildung 9: Anzahl erteilte Arztdiplome in der Schweiz

Abbildung 10: Dichte der ärztlichen Grundversorger nach Kantonen, 2011

Abbildung 11: Entwicklung der Arbeitskräfte im Gastgewerbe in der Schweiz von 1995 – 2011

Abbildung 12: Entwicklung Logiernächte in den Kantonen von 2008 - 2013

Abbildung 13: Logiernächte bezüglich Tourismus Regionen

Abbildung 14: Entwicklung der Bauernbetriebe von 2000 - 2012

Abbildung 15: Entwicklung der Vollzeitäquivalente in der Landwirtschaft nach Kantonen

Abbildung 16: Entwicklung der Ausländeranteil in den NOGA Wirtschaftsabschnitte von 2003 - 2013

Abbildung 17: Grenzgänger im Schweizer Arbeitsmarkt, 3. Quartal 2013

Abbildung 18: Grenzgänger/innen in den ausgewählten Kantonen

Abbildung 19: Jugendarbeitslosigkeit nach Kantonen, 2010

Abbildung 20: Lage und Grösse der Fachhochschulen in der Schweiz

Abbildung 21: Lage und Grösse der Fachhochschulen in der Schweiz

Abbildung 22: Entwicklung Anzahl Grenzgänger von 1996 – 2013 im Jahresdurchschnitt

Abbildung 23: Frei verfügbares Einkommen in den Schweizer Gemeinden, 2011

Abbildung 24: Standortqualität der Schweizer Kantone und Regionen

Inhaltsangabe

Inhaltsverzeichnis

1	Arbeitsmarktanalyse	5
1.1	Analyse der Wirtschaftsstruktur in den Berggebieten	5
1.2	Analyse der wichtigen Branchen	8
1.2.1	Verarbeitendes Gewerbe	8
1.2.2	Handel	11
1.2.3	Baugewerbe	13
1.2.4	Gesundheitswesen	15
1.2.5	Gastgewerbe	18
1.2.6	Landwirtschaft	20
1.3	Analyse der ausländischen Arbeitskräfte	22
1.3.1	Anteile ausländischer Arbeitskräfte in den Branchen	22
1.3.2	Grenzgänger	22
2	Politische Rahmenbedingungen	24
2.1	Bildungslandschaft	24
2.2	Bilaterale Abkommen	26
2.3	Infrastruktur in Bezug auf die Grenzgänger	26
2.4	Real verfügbares Einkommen	28
3	Position der SAB	30
3.1	Ausgangslage	30
3.2	Ausbildung	30
3.3	Standortattraktivität	31
3.4	Gesundheitswesen	32
3.5	Tourismus	32
3.6	Landwirtschaft	32

Aufbau

Im vorliegenden Hintergrundbericht wird die Struktur des Arbeitsmarktes in den Schweizer Berggebieten mit spezieller Berücksichtigung der ausländischen Arbeitskräfte untersucht.

Im ersten Unterkapitel werden die wichtigsten Wirtschaftsbranchen in den Berggebieten evaluiert. Die Wirtschaftsbranchen sind nach der NOGA¹ Systematik des Bundesamtes für Statistik (BFS) zusammengefasst. Als wichtig gelten die Branchen mit den meisten Vollzeitäquivalenten (VZÄ).

Im zweiten Unterkapitel werden Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften in den einzelnen Branchen analysiert und auf die jeweiligen Eigenheiten der Branchen in den Berggebieten eingegangen.

Im dritten Unterkapitel werden die Anteile ausländischer Arbeitskräfte in den verschiedenen Branchen und die Situation der Grenzgänger aufgezeigt.

Im zweiten Kapitel werden die politischen Rahmenbedingungen des Schweizerischen Arbeitsmarktes vorgestellt.

Die Analysen im ersten und zweiten Kapitel bilden die Grundlage für das dritte Kapitel, eine Positionierung der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB).

¹Nomenclature Générale des Activités économiques

1 Arbeitsmarktanalyse

Ein Arbeitsmarkt besteht aus einer Arbeiternachfrage von Unternehmen und von der öffentlichen Hand und einem Arbeiterangebot von Personen, die arbeiten können und wollen. Die Nachfrage mit dem Angebot in Einklang zu bringen, ist im Arbeitsmarkt nicht einfach, da Berufsqualifikationen meist über längere Zeit erlernt werden müssen.

Ein Arbeitsmarkt lässt sich nach vielen Kriterien darstellen und analysieren. Am geeignetsten scheint in diesem Bericht die Kategorisierung nach Wirtschaftsabschnitten der NOGA, da sie die verschiedenen Branchen der Wirtschaft am besten repräsentieren. Branchen sind durch Verbände gut organisiert und verfügen daher über eine gewisse Einflussmöglichkeit im politischen Prozess.

1.1 Analyse der Wirtschaftsstruktur in den Berggebieten

Die Kantone werden als Analysegrösse herangezogen, da sie im politischen Prozess grosse Gestaltungsmöglichkeiten haben. Exemplarisch für die Berggebiete werden die Kantone Wallis, Graubünden, Glarus, Uri, Jura und Tessin untersucht. Die folgende Graphik zeigt, welchen Anteil die Wirtschaftsabschnitte an der Gesamtheit aller Vollzeitäquivalente haben.

Abbildung 1: Vollzeitäquivalente nach Wirtschaftsabschnitten in ausgewählten Kantonen in Prozent

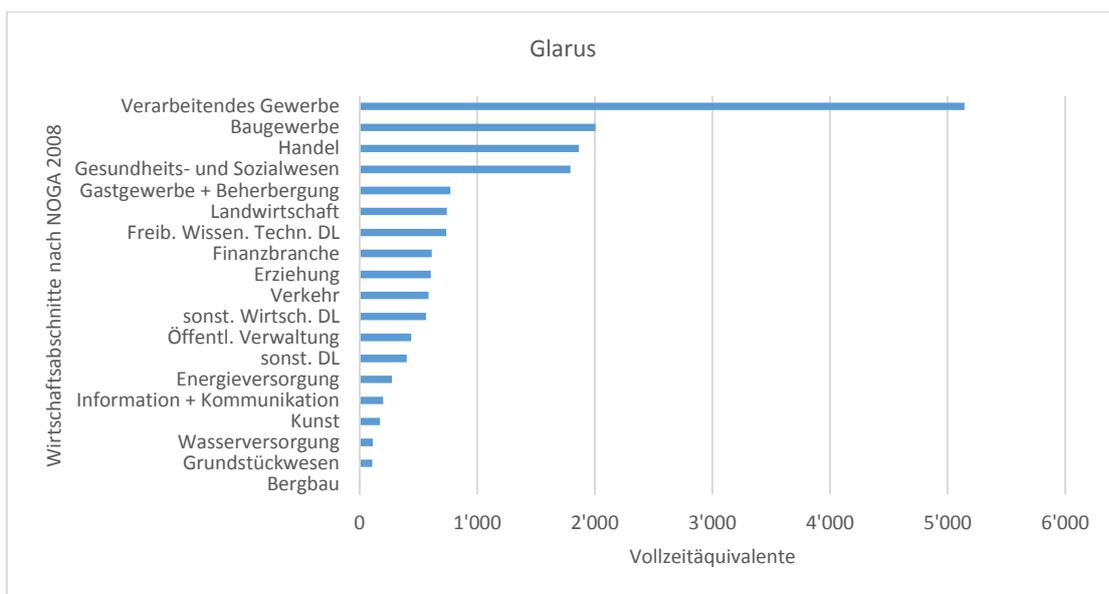
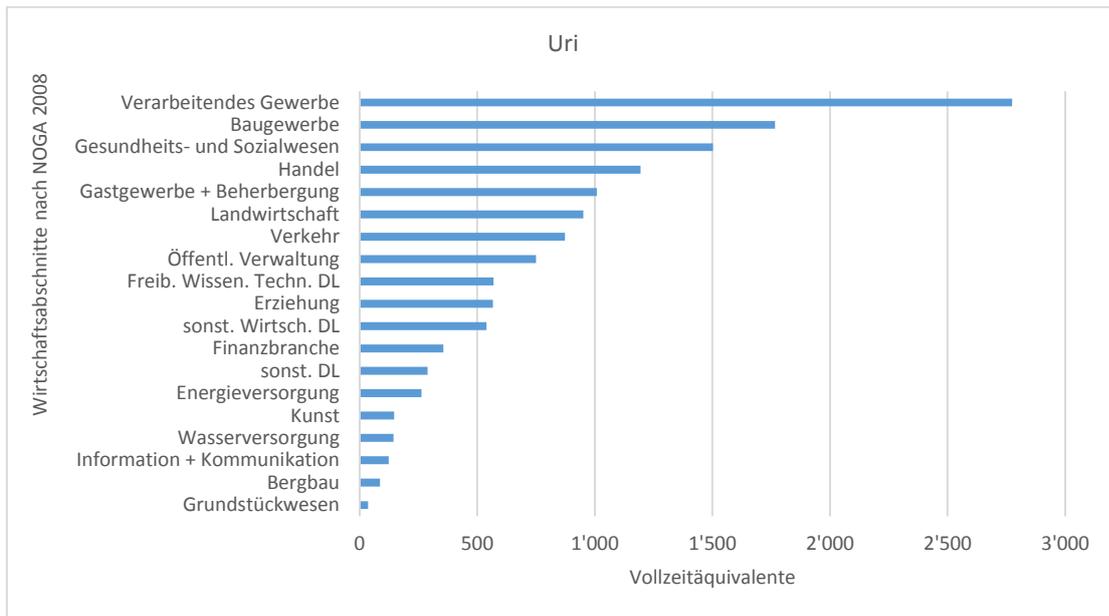
Wirtschaftsabschnitte	Uri	Glarus	Graubünden	Tessin	Wallis	Jura	Total
Verarbeitendes Gewerbe	19.9%	30.0%	10.3%	15.8%	13.8%	34.6%	20.7%
Handel	8.6%	10.9%	12.1%	15.0%	13.3%	10.4%	11.7%
Baugewerbe	12.7%	11.7%	12.3%	10.5%	11.8%	6.9%	11.0%
Gesundheits- und Sozialwesen	10.8%	10.5%	10.2%	10.0%	11.0%	10.6%	10.5%
Gastgewerbe und Beherbergung	7.2%	4.5%	15.8%	5.5%	10.8%	3.3%	7.9%
Technische Dienstleistungen	4.1%	4.3%	5.8%	7.5%	4.9%	3.6%	5.0%
Verkehr	6.3%	3.4%	6.0%	4.7%	5.7%	2.6%	4.8%
Landwirtschaft	6.8%	4.3%	4.8%	1.3%	4.2%	6.9%	4.7%
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	3.9%	3.3%	3.3%	5.5%	4.7%	5.0%	4.3%
Erziehung	4.1%	3.5%	3.7%	4.3%	4.7%	4.4%	4.1%
Öffentliche Verwaltung	5.4%	2.6%	3.6%	3.9%	3.4%	3.6%	3.7%
Finanzbranche	2.6%	3.6%	3.0%	6.5%	3.3%	2.6%	3.6%
Sonstige Dienstleistungen	2.1%	2.3%	3.0%	2.7%	2.8%	2.4%	2.6%
Information und Kommunikation	0.9%	1.2%	2.0%	3.2%	1.4%	1.1%	1.6%
Energieversorgung	1.9%	1.6%	1.2%	0.7%	1.5%	0.3%	1.2%
Kunst	1.1%	1.0%	1.3%	1.5%	1.0%	1.0%	1.1%
Grundstückwesen	0.3%	0.6%	1.0%	0.9%	1.3%	0.3%	0.7%
Wasserversorgung	1.0%	0.7%	0.3%	0.4%	0.4%	0.2%	0.5%
Bergbau	0.6%	0.0%	0.3%	0.2%	0.1%	0.0%	0.2%

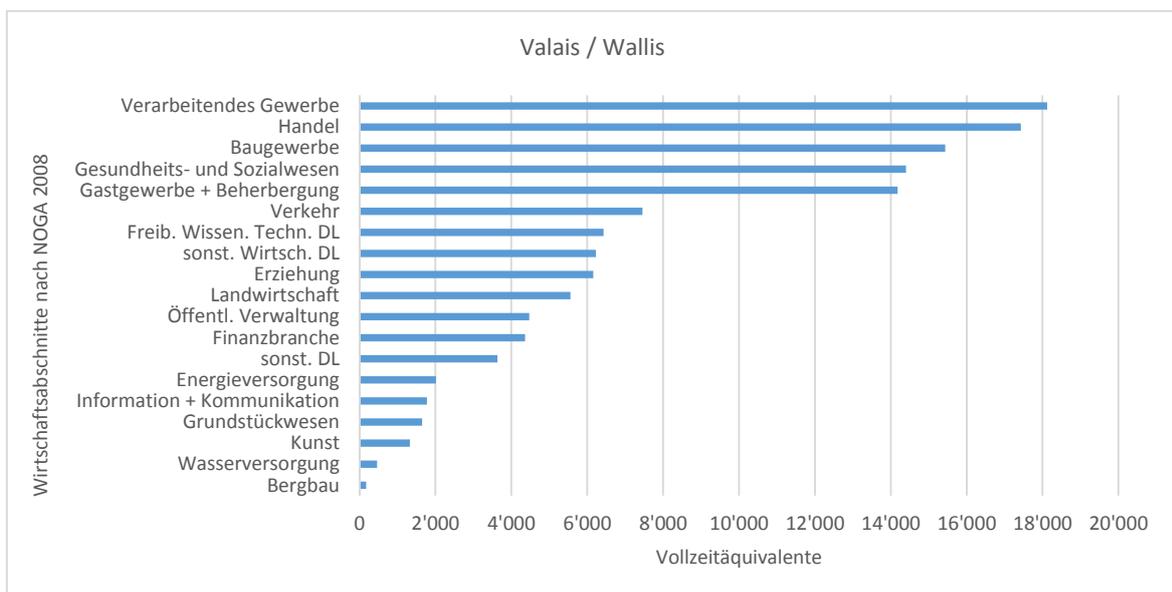
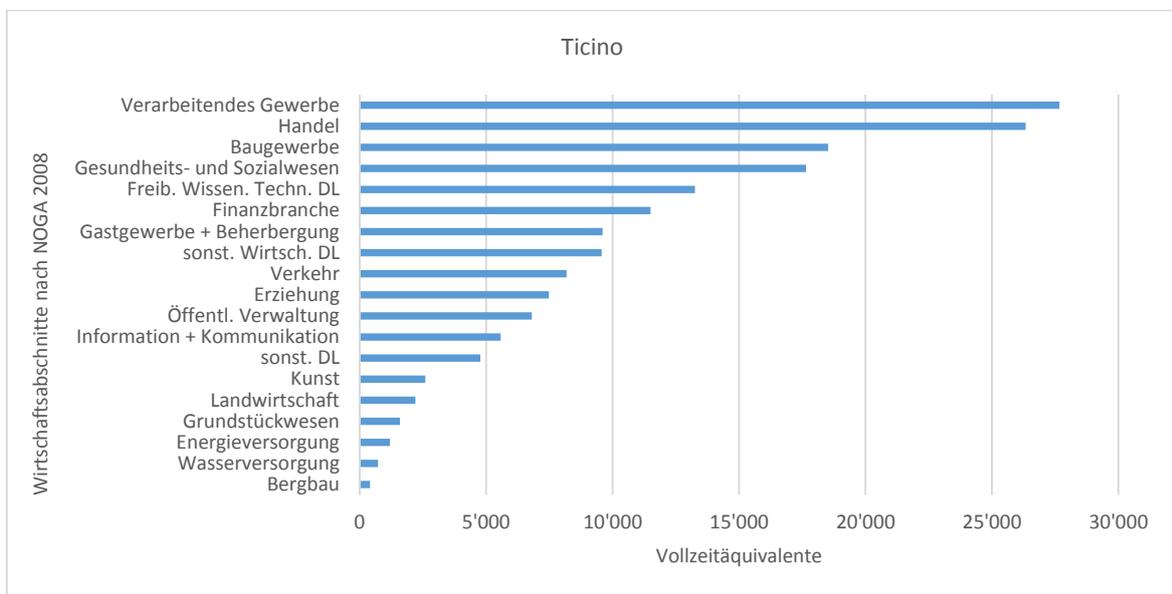
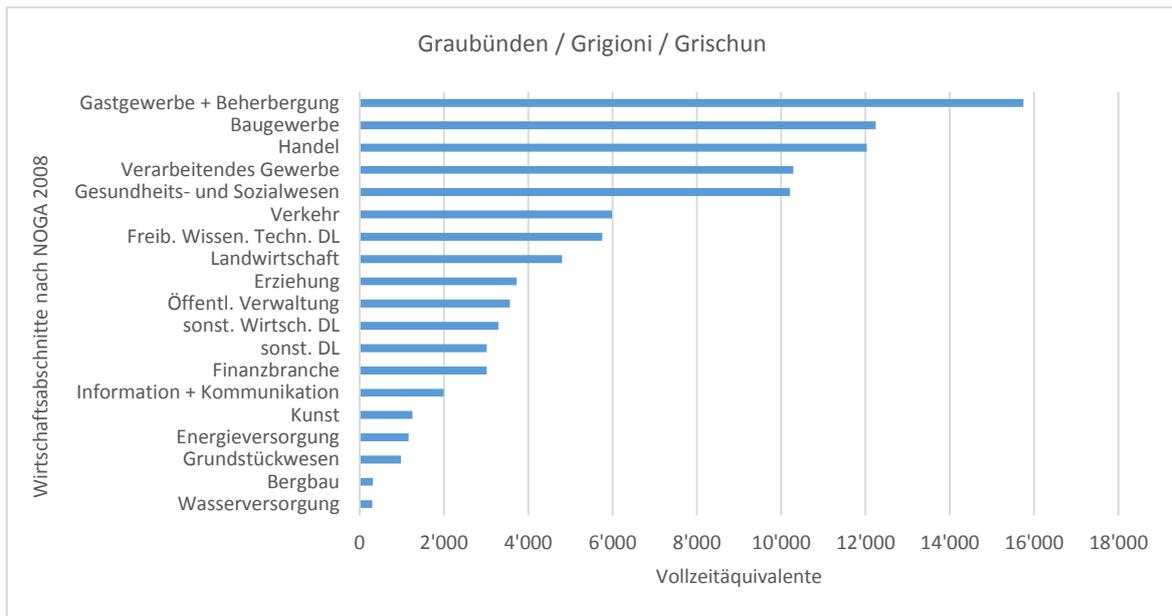
Quelle: eigene Darstellung mit Daten des BFS

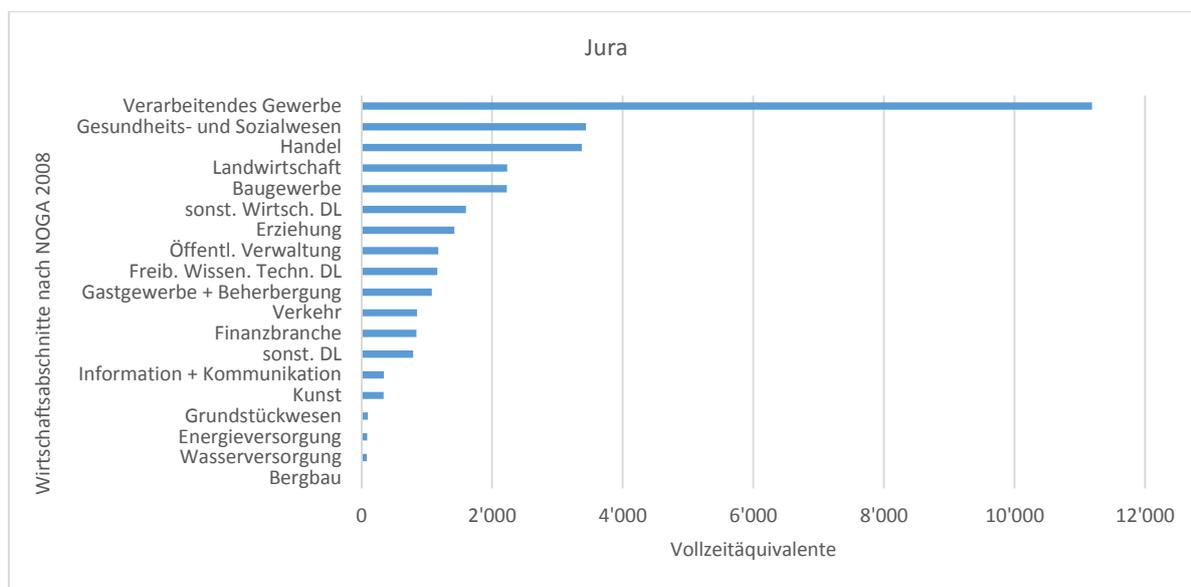
Über alle Kantone gesehen² sind das **verarbeitende Gewerbe, der Handel, das Baugewerbe und das Gesundheits- und Sozialwesen** die grössten Branchen. Aus den Daten ist ausserdem ersichtlich, dass die Verteilung der VZÄ auf die Branchen sehr unterschiedlich ausfällt. Die Wirtschaft kleinerer Kantone ist weniger diversifiziert und somit abhängiger von einem einzigen Sektor als die Wirtschaft grösserer Kantone. So ist das verarbeitende Gewerbe in den kleineren Kantonen Uri (19.9%), Glarus (30%) und

² Alle Kantone sind gleich gewichtet

Jura (34.6%) sehr stark vertreten. Die grösseren Kantone (Graubünden, Wallis, Tessin) hingegen haben keine Branche, die mehr als 16% aller VZÄ repräsentiert.







1.2 Analyse der wichtigen Branchen

Im Folgenden werden die wichtigen Branchen für die ausgewählten Kantone näher betrachtet. Die momentane Nachfrage nach Arbeitskräften und ihre zukünftige Entwicklung werden dem momentanen Angebot, der jeweiligen Branchenarbeitslosigkeit und dem zukünftigen Angebot an Arbeitskräften gegenüber gestellt. Als letztes wird auf die Eigenheiten der Branche in den Berggebieten eingegangen.

1.2.1 Verarbeitendes Gewerbe

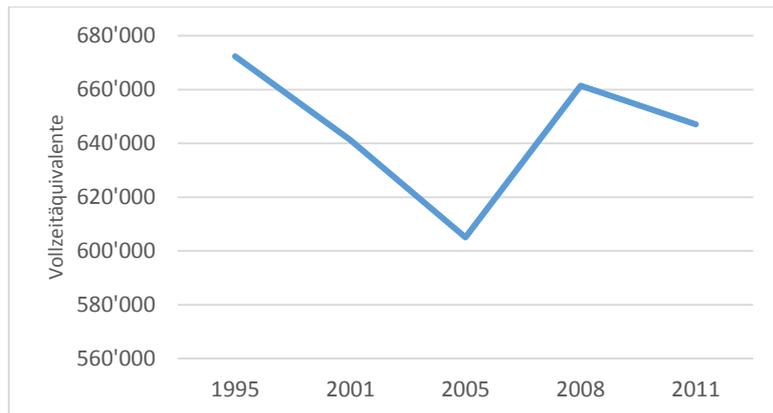
Das verarbeitende Gewerbe umfasst sehr unterschiedliche Unterbranchen³. Die Bedeutung der einzelnen Unterbranchen variiert je nach Kanton. Im Kanton Jura ist die Uhrenindustrie mit 44.9% aller VZÄ die wichtigste Unterbranche des verarbeitenden Gewerbes. Im Kanton Glarus sind der Maschinenbau (16.7%) und die Verarbeitung von Glas und Keramik (11.6%) wichtig. Im Kanton Uri die Herstellung von Metallerzeugnissen (29.7%) und Kunststoffwaren (17.1%). Im Wallis ist die Chemie-Industrie (27.5%) stark vertreten, in Graubünden die Herstellung von Nahrungsmitteln (14.6%). Im Kanton Tessin sind die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten (15.8%) und Metallerzeugnisse (12.3%) bedeutende Unterbranchen des verarbeitenden Gewerbes. Es ist deshalb schwer allgemeiner verbindliche Aussagen zu treffen.

³ Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, Getränkeherstellung, Tabakverarbeitung, Herstellung von Textilien, Herstellung von Bekleidung, Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen, Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel), Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus, Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern, Kokerei und Mineralölverarbeitung, Herstellung von chemischen Erzeugnissen, Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen, Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden, Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen, Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (Uhrenindustrie), Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, Maschinenbau, Herstellung von Automobilen und Automobilteilen, Sonstiger Fahrzeugbau, Herstellung von Möbeln, Herstellung von sonstigen Waren, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen

1.2.1.1 Nachfrage nach Arbeitskräften

Die Branche machte in den letzten 15 Jahren eine unstete Entwicklung durch. Nach einem erheblichen Rückgang von Vollzeitäquivalente zwischen 1995 bis 2005 (von 672'000 VZÄ auf 605'000 VZÄ), erholte sich die Branche wieder und erreichte 2008 ein neues Hoch (660'000 VZÄ). Seit diesem Zeitpunkt ist die Entwicklung wieder rückläufig. Ein klarer Trend ist daraus nicht abzulesen. Einige Unterbranchen, namentlich die Pharmaindustrie, die Uhrenindustrie und die Nahrungsmittelindustrie weisen beachtliche Wachstumsraten auf. Die werden jedoch durch schrumpfende Unterbranchen wie die Textilherstellung, die Metallerzeugung oder die Möbelherstellung ausgeglichen.

Abbildung 2: Entwicklung der Vollzeitäquivalente im verarbeitenden Gewerbe von 1995-2011



Quelle: eigene Darstellung mit Daten des BFS

1.2.1.2 Angebot an Arbeitskräften

Im verarbeitenden Gewerbe waren im Jahr 2013 durchschnittlich 19'844 Personen arbeitslos. Dies entspricht einer Branchenarbeitslosigkeit von zirka 5.4%. Die Struktur der Branche entwickelt sich von schrumpfenden Unterbranchen (Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen, Herstellung von Textilien, Herstellung von Bekleidung) hin zu wachsenden Unterbranchen (Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen, Fahrzeugbau, Uhrenindustrie, Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen)⁴. Dieser Strukturwandel beeinflusst die Anforderungen an die Mitarbeiter. Die wachsenden Unterbranchen brauchen tendenziell hoch qualifiziertes Personal und eine enge Anbindung an Universitäten und Hochschulen während die schrumpfenden Branchen tendenziell tief qualifiziertes Personal beschäftigten.

Ein effektives Bildungswesen wird daher immer wichtiger. Gemäss dem Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie verfügt die Schweiz mit der Berufsbildung, die sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert und die Lernenden früh in die Arbeitswelt einführt, über ein weltweit einzigartiges Erfolgsmodell⁵.

1.2.1.3 Eigenheiten bezüglich den Berggebieten

Ab dem Beginn des 20. Jahrhunderts siedelten sich viele Industriebetriebe in den Berggebieten an, da günstige Voraussetzungen wie günstiger Strom und billige Arbeitskräfte vorhanden waren. Aufgrund der technischen Entwicklungen und dem Strukturwandel innerhalb der Branche bieten die Berggebiete heute weniger Vorteile für Industriebetriebe als früher. Trotzdem ist die Wirtschaftsstruktur in den

⁴ Berechnungen auf Basis der Daten vom BFS

⁵ Homepage Swissmem, <http://www.swissmem.ch/de/dienstleistungen/aus-und-weiterbildung.html>,
zugegriffen: 24.04.2014

Berggebieten immer noch durch einen relativ hohen Industrieanteil geprägt. Um sich dem Strukturwandel anzupassen müssen die Standortstrategien grundlegend überdacht werden.

Abbildung 3: Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes in den ausgewählten Kantonen

Entwicklung der VZÄ von 1995-2011	Uri	Glarus	Grau- bünden	Ticino	Wallis	Jura	Schweiz
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	441.9%	193.5%	85.9%	-10.1%	191.7%	151.4%	30.0%
Getränkeherstellung	-	48.8%	-31.4%	8.3%	-9.2%	220.0%	-20.8%
Tabakverarbeitung	-	-	-	-31.6%	-	-20.7%	-23.7%
Herstellung von Textilien	-83.4%	-63.0%	-37.9%	-84.2%	-75.3%	-56.3%	-57.0%
Herstellung von Bekleidung	23.6%	-37.7%	-89.7%	-56.0%	-54.2%	-89.6%	-61.1%
Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	-97.5%	-46.8%	-67.6%	-48.7%	-73.8%	-91.8%	-55.3%
Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	-31.0%	-16.5%	-21.0%	-26.7%	4.8%	-7.0%	-12.0%
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	-	-39.4%	-17.5%	-19.6%	12.6%	-	-39.4%
Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	142.5%	-24.1%	-64.6%	-41.1%	-31.2%	-4.3%	-38.8%
Kokerei und Mineralölverarbeitung	-	-	-	-100.0%	39.3%	-	-18.9%
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-78.7%	-24.8%	-25.4%	106.6%	-9.3%	-28.7%	-31.5%
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	66.0%	-29.2%	9516.7%	85.4%	49.2%	-	79.5%
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	-9.8%	97.8%	-61.9%	0.0%	-47.7%	162.5%	0.2%
Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	-16.3%	-6.8%	-15.2%	-31.4%	-21.6%	4.5%	-17.2%
Metallerzeugung und -bearbeitung	-12.4%	114.3%	-43.3%	98.4%	-16.6%	2.3%	-14.5%
Herstellung von Metallerzeugnissen	-57.5%	-2.3%	12.4%	-25.7%	-13.4%	10.5%	-5.0%
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	1585.6%	-20.0%	57.3%	36.5%	-39.7%	45.8%	34.9%
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	302.7%	101.3%	-32.0%	2.3%	-67.7%	-68.3%	-6.8%
Maschinenbau	614.1%	-24.9%	87.2%	-17.9%	77.7%	-20.6%	-16.2%
Herstellung von Automobilen und Automobilteilen	-	-100.0%	-93.6%	23.6%	-76.7%	-23.3%	11.2%
Sonstiger Fahrzeugbau	-100.0%	87.2%	-	674.7%	375.0%	-33.6%	73.7%
Herstellung von Möbeln	27.4%	90.3%	-4.3%	-68.6%	-43.5%	-42.0%	-32.0%
Herstellung von sonstigen Waren	-33.3%	-70.9%	33.3%	63.0%	0.1%	-51.1%	24.0%
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	49.8%	15.6%	64.5%	40.6%	150.0%	112.0%	29.6%
Total	-16.0%	-6.7%	2.2%	-6.5%	-5.2%	7.5%	-3.8%

Quelle: eigene Darstellung mit Daten des BFS

Schweizweit sind die VZÄ des verarbeitende Gewerbes zwischen 1995 und 2011 leicht zurückgegangen (-3.8%), in den Bergkantonen ist die Entwicklung jedoch sehr divers. Den grössten Rückgang an VZÄ muss der Kanton Uri verzeichnen (-16%). Dies liegt daran, dass die Wirtschaftsstruktur des Kantons stark von wachstumsschwachen Branchen geprägt ist. Am anderen Ende steht der Kanton Jura mit einem Wachstum der VZÄ von +7.5%. Hier ist die Wirtschaft durch die dynamische Uhrenindustrie geprägt, welche in den letzten Jahren stark gewachsen ist. Die Branchenzusammensetzung innerhalb der kantonalen Wirtschaften durchläuft laufende Veränderungen.

1.2.2 Handel

Der Handel unterteilt sich nach der Kategorisierung des BFS in den Handel mit Motorfahrzeugen und den Detailhandel. In den analysierten Kantonen stellt der Detailhandel den weitaus wichtigeren Teil dar (33'501 zu 9'992 VZÄ). Deshalb wird im folgenden Kapitel nur auf den Detailhandel näher eingegangen.

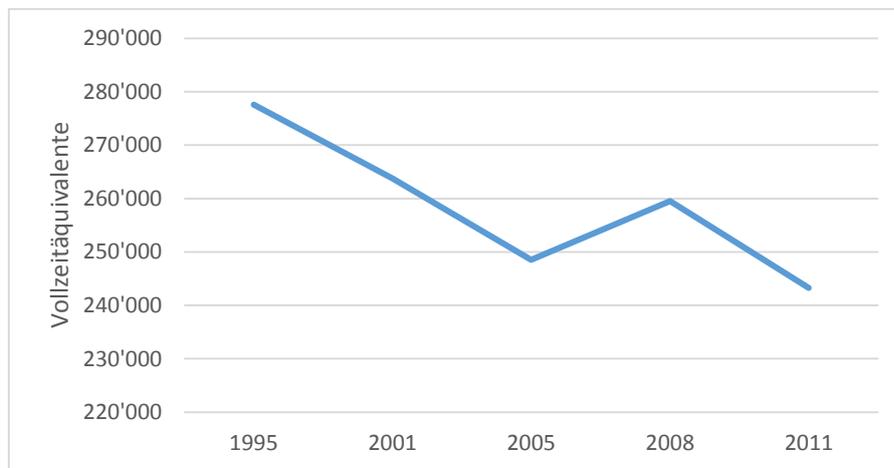
1.2.2.1 Nachfrage nach Arbeitskräften⁶

Der Detailhandel beschäftigt in der Schweiz 320'000 Personen (252'000 Vollzeitäquivalente) und ist damit eine der wichtigsten Branchen der Schweiz. Mit Migros und Coop befinden sich gleich zwei Unternehmen des Detailhandels unter den fünf grössten Arbeitgebern des Landes. Der Strukturwandel in Form von Ladensterben und Produktivitätssteigerungen führte allerdings dazu, dass sich die Beschäftigung deutlich unterdurchschnittlich entwickelte.

Auch wenn sich dieser Trend fortsetzen dürfte, werden die Mitarbeitenden in dieser kundenbezogenen und arbeitsintensiven Branche für den Erfolg des einzelnen Detailhändlers zentral bleiben.

Der Detailhandel hat als Arbeitgeber eine wichtige Integrationsfunktion. Der Anteil gering qualifizierter Mitarbeitender ist im Branchenvergleich hoch. Ein Viertel aller beschäftigten Frauen im Detailhandel verfügt beispielsweise nur über die obligatorische Schulbildung als höchsten Bildungsabschluss, gegenüber einem Fünftel in der Gesamtwirtschaft. Der Detailhandel integriert damit Menschen in die Arbeitswelt, die im Allgemeinen überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Abbildung 4: Entwicklung der Vollzeitäquivalente im Detailhandel von 1995 - 2011



Quelle: eigene Darstellung mit Daten des BFS

1.2.2.2 Angebot an Arbeitskräften

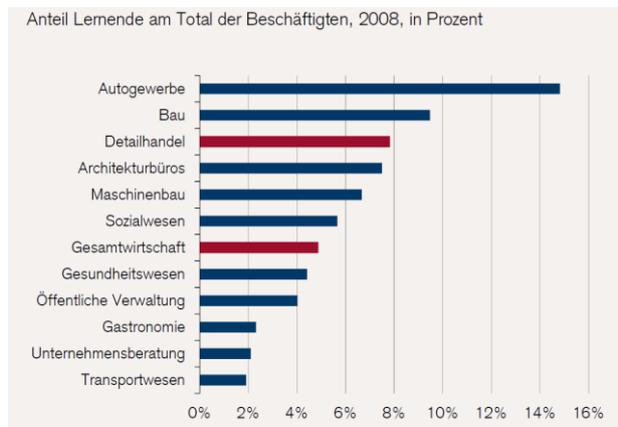
Im Detailhandel waren 2013 durchschnittlich 9'900 Personen ohne Anstellung. Damit erreicht die Branchenarbeitslosigkeit ungefähr 4%.

Der Detailhandel nimmt eine wichtige Ausbildungsfunktion in der Schweizer Volkswirtschaft ein. 2012 fielen 11% aller Lehrverträge mit Fähigkeitszeugnis und 27% aller Verträge bei Attestlehren auf den Handel. Die Ausbildungsintensität, also der Anteil Lernender am Total der Beschäftigten, ist im Handel mit 8% deutlich höher als in der Gesamtwirtschaft (5%). Absolut gesehen bildet im Branchenvergleich nur die Bauwirtschaft mehr Lernende aus als der Detailhandel. Die Branche investiert natürlich nicht

⁶ CS Studie Retail Outlook 2014, Credit Suisse

nur aus gemeinnützigen Motiven in den beruflichen Nachwuchs, sondern hat ein Eigeninteresse an qualifizierten Nachwuchskräften. Zudem zahlt sich die Ausbildung von Lernenden finanziell aus.

Abbildung 5: Ausbildungsintensität in ausgewählten Branchen, 2008, in Prozent



Quelle: CS Studie Retail Outlook 2014, Credit Suisse

1.2.2.3 Eigenheiten im Berggebiet

Der Konzentrationsprozess im Detailhandel trifft vor allem kleine Dorfläden in den Berggebieten und dem peripheren ländlichen Raum. Wie die Abbildung 6 zeigt, konnten einzig der Kanton Tessin und der Kanton Wallis die VZÄ halten. Bei den anderen Kantonen kam es in den letzten 15 Jahren zu einem markanten Abbau von Arbeitsplätzen.

Abbildung 6: Entwicklung der Vollzeitäquivalente im Detailhandel nach Kantonen

	1995	2001	2005	2008	2011	1995-2011
Uri	1003.5	846.7	828.1	895.2	700	-30.2%
Glarus	1252.7	1179.2	1142.2	1169.8	989.6	-21.0%
Graubünden	8568.7	8075.4	7352.6	7570.7	7320.2	-14.6%
Tessin	11831.9	11930.2	11728.2	12284.7	11868.1	0.3%
Wallis	10755.5	10994.4	10788.6	10908.8	10785	0.3%
Jura	2175.6	1995.8	2009.8	2002.7	1838.1	-15.5%

Quelle: eigene Darstellung mit Daten des BFS

Um die Infrastruktur des Detailhandels in den Berggebieten zu erhalten und längerfristig zu sichern, muss in den Dorfläden genügend Absatz erreicht werden. Durch den Bedürfnissen angepassten Angebote und Öffnungszeiten, effiziente Strukturen und Belebung des Tourismus kann der Detailhandel für abgelegene Ort durchaus attraktiv sein.

1.2.3 Baugewerbe

Das Baugewerbe ist mit Ausnahme des Kantons Jura in allen Berggebietskantonen eine der wichtigsten Branchen.

1.2.3.1 Nachfrage nach Arbeitskräften

In den letzten zehn Jahren wurden in der Baubranche 30'000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Arbeiteten 2001 175'000 Personen schweizweit auf dem Bau waren es 2011 bereits 205'000 Personen.

In der Schweiz herrscht nach wie vor ein Bauboom, der vor allem auf zwei Entwicklungen zurückzuführen ist. Einerseits sind seit dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU viel mehr Menschen in die Schweiz eingewandert als ausgewandert. Andererseits ist der durchschnittliche Platzverbrauch pro Person in den letzten dreissig Jahren stark gestiegen. Als Resultat dieser Entwicklungen wurden in den letzten Jahren jährlich ungefähr 45'000 neue Wohnungen erstellt.

Abbildung 7: Wohnungsbau in der Schweiz von 2009 bis 2012

	2009	2010	2011	2012
Total neu erstellte Gebäude mit Wohnungen	14'166	14'736	14'993	14'375
davon Einfamilienhäuser	9'149	9'387	9'338	9'029
Total neu erstellte Wohnungen	39'733	43'632	47'174	45'157

Quelle: eigene Darstellung mit Daten des BFS

Nicht nur Private sondern auch der Bund und die Kantone sind im Baugewerbe tätig. So hat die öffentliche Hand 2013 ungefähr CHF 22 Milliarden in den Ausbau von Gebäuden und Infrastruktur investiert.

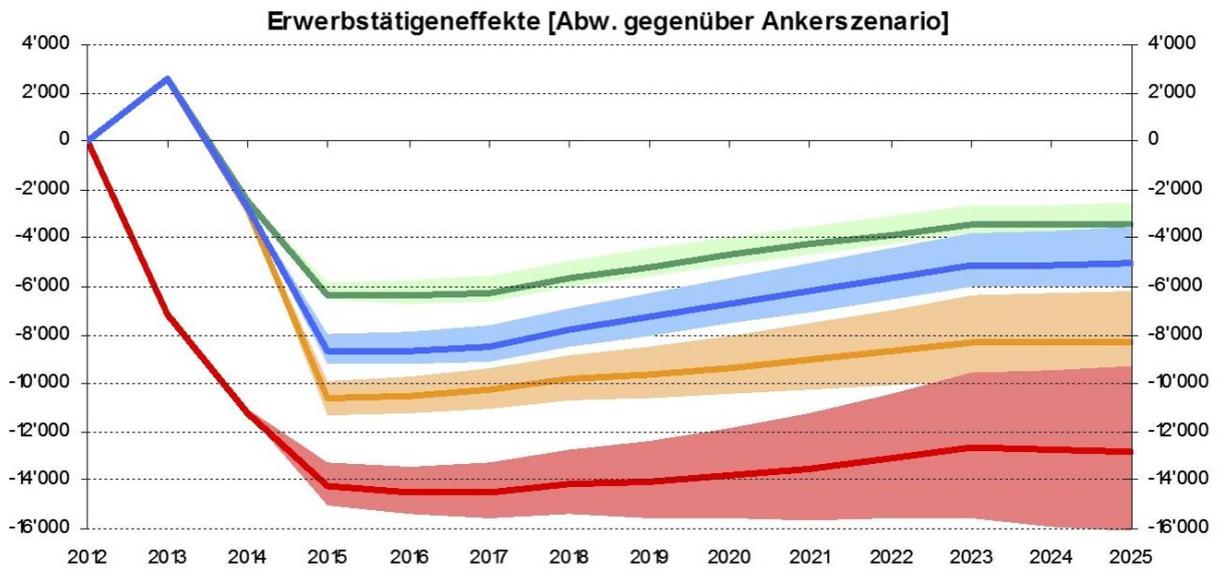
1.2.3.2 Angebot an Arbeitskräften

2013 gab es durchschnittlich 12'191 Arbeitslose in der Baubranche, was einer Branchenarbeitslosigkeit von 8.2% entspricht. Dabei gilt es zu beachten, dass im Jahresverlauf grosse Unterschiede in der Arbeitslosigkeit auftreten können. Im Winter reduziert sich den Bedarf an Arbeitskräften stark, weshalb viele Bauunternehmen ihre Angestellten entlassen und im Frühling, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften ansteigt, wieder anstellen. Die Arbeitslosenzahlen und die Branchenarbeitslosigkeit deuten auf eine Unterauslastung in der Baubranche hin, die in Wirklichkeit nur temporär auftritt. Der Mangel an Arbeitskräfte in den Sommermonaten wird durch ausländische Arbeitskräfte gedeckt.

1.2.3.3 Eigenheiten im Berggebiet

Das Baugewerbe in den Berggebieten wird durch die Zweitwohnungsinitiative einen klaren Auftragsrückgang hinnehmen müssen. Gemäss der Evaluation von BAK Basel im Februar 2013 ergeben sich vier mögliche Entwicklungsszenarien für das Baugewerbe im Berggebiet (mild = -4'000 Erwerbstätige, Basisszenario = -5'000 Erwerbstätige, streng = -8'000 Erwerbstätige und extrem = -13'000 Erwerbstätige). So wie das Zweitwohnungsgesetz im Moment ausgestaltet ist, würde voraussichtlich das Szenario „mild“ eintreffen, was einen Verlust von 4'000 Arbeitsplätzen im Baugewerbe bedeutet.

Abbildung 8: Auswirkungen des Zweitwohnungsgesetzes auf die Beschäftigung



Bemerkung: Abweichungen gegenüber dem Ankerszenario, mild, Basisszenario, streng, extrem

Quelle: Auswirkungen der Zweitwohnungsinitiative auf die touristische und regionalwirtschaftliche Entwicklung, BAK Basel, Februar 2013

Die Bevölkerung in den Berggebieten und den ländlichen Räumen zieht zunehmend in regionale Zentren. Dies hat zur Folge, dass dort viel gebaut wird, während in den Bergdörfern die Bautätigkeit stagniert oder gar rückläufig ist. In den periurbanen Räumen, die nahe an Agglomerationen und Städten liegen, ist das Bevölkerungswachstum und somit die Bautätigkeit sehr hoch.

Die Bautätigkeit wird nicht nur durch die Bevölkerungszunahme sondern auch durch die günstigen Hypotheken bestärkt. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) und der Bundesrat sehen in der momentanen Hypothekarverschuldung eine mögliche Gefahr für die Stabilität des Bankensektors und eine drohende Immobilienblase⁷.

⁷ Bundesrat ergreift Massnahme gegen Überhitzung auf dem Immobilienmarkt, admin.ch, 13.02.2013

1.2.4 Gesundheitswesen

Das Gesundheitswesen stellt in allen sechs ausgewählten Kantonen mindestens 10 % der VZÄ dar. Es muss berücksichtigt werden, dass in diesem Sektor der Qualifizierungsgrad der Arbeitskräfte stark variiert, von hochqualifizierten Ärzten bis tiefer qualifizierten Pflegefachkräften.

1.2.4.1 Nachfrage nach Arbeitskräften

In unserer Gesellschaft herrscht Konsens, dass die wichtigsten Dienstleistungen in dieser Branche allen zugänglich sein müssen. Das Gesundheitswesen ist sehr personalintensiv und wird es in absehbarer Zeit auch bleiben, da nur eine beschränkte Rationalisierung möglich ist.⁸

Bei älteren Menschen nehmen die Gesundheitskosten überproportional zu. In Anbetracht der zunehmenden Überalterung der schweizerischen Bevölkerung ist zu erwarten, dass in Zukunft mehr Leistungen des Gesundheitswesens in Anspruch genommen werden. Die Nachfrage nach Ärzten und Pflegepersonal wird in den kommenden Jahren also noch steigen.

Gemäss dem Bundesamt für Statistik gab es 2013 5'600 offene Stellen in der Branche.

1.2.4.2 Angebot an Arbeitskräften

Im Gesundheits- und Sozialwesen waren 2013 durchschnittlich 9'398 Personen arbeitslos, was 2.7% aller Erwerbstätigen in diesem Sektor entspricht⁹. Die Lücke zwischen den 5600 offenen Stellen und den 9'000 Arbeitslosen erklärt sich durch die hohen Qualifikationsanforderungen auf der einen Seite und dem tieferen Qualifikationsniveau auf der anderen Seite.

Trotzdem werden in der Schweiz zu wenige Ärzte und Pflegepersonal ausgebildet. Die Differenz zwischen dem neudiplomierten und dem benötigten Personal wird durch die Immigration ausländischer Arbeitskräfte ausgeglichen. Die Schweiz ist diesbezüglich in einer privilegierten Position, da das höhere Lohnniveau die Anwerbung ausländischer Ärzte und Pflegefachpersonen erleichtert.

Die Zahl der erteilten Arztdiplome sank zwischen 1999 bis 2006 von 821 auf 594. Im Jahr 2007 setzte eine Trendwende ein - die Zahl der erteilten Diplome stieg bis 2008 auf 672. Die Anzahl neudiplomierter Ärzte dürfte in Zukunft weiter steigen, da die medizinischen Fakultäten ihre Aufnahmekapazitäten vergrössert haben. Bis 2007 immatrikulierten sich jährlich weniger als 1'000 Studenten für Medizinstudium in der Schweiz. 2008 waren es 1'068 und 2009 erhöhte sich die Zahl auf 1'141 Neuimmatrikulationen.¹⁰

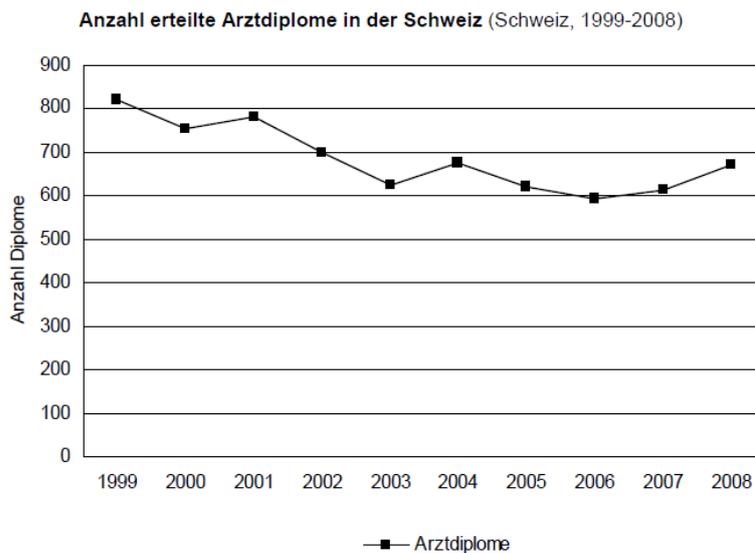
Nichtsdestotrotz bleibt der Numerus Clausus für Medizinstudenten auf 1'000 Studierende bestehen. Dadurch wird eine künstliche Verknappung im Arbeitsmarkt für Ärzte generiert. Diese Angebotslücke an qualifizierten Gesundheitspersonal muss durch ausländische Arbeitskräfte gedeckt werden.

⁸ Gesundheitswesen Schweiz 2013, Credit Suisse

⁹ SECO, Lage auf dem Arbeitsmarkt 2013

¹⁰ Ausländisches Gesundheitspersonal in der Schweiz, Obsan, 2010

Abbildung 9: Anzahl erteilte Arzt diplome in der Schweiz



Quelle: Ausländisches Gesundheitspersonal in der Schweiz, Obsan, 2010

Im Jahr 2012 betrug der Migrationssaldo von ausländischen Ärzten in der Schweiz 1'073 Personen. Die höchsten Zunahmen weisen die Kantone Zürich (+249) und Bern (+98) auf, die tiefsten die Kantone Appenzell Innerrhoden (+1) und Obwalden (0). Bei den ausländischen Pflegefachkräften betrug der Migrationssaldo 1'453 Personen. Die Kantone Zürich (+239) und Waadt (+201) verfügen über die höchste Immigration, die Kantone Uri (+2) und Appenzell Innerrhoden (0) über die tiefste¹¹.

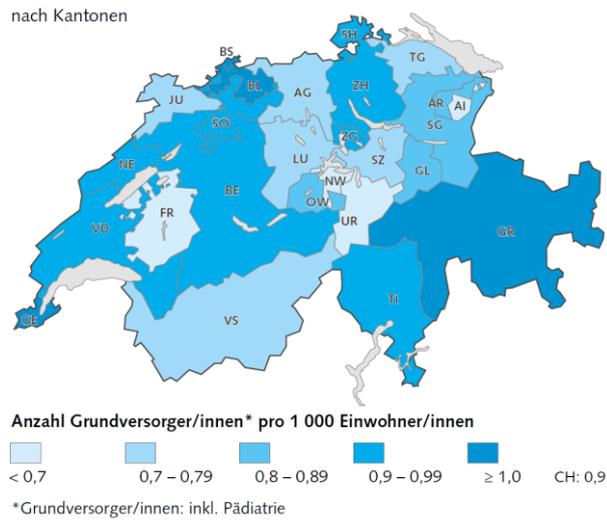
1.2.4.3 Eigenheiten bezüglich den Berggebieten

Aufgrund des Spardrucks werden Gesundheitsdienstleistungen auf wenige, urbane Spitäler konzentriert. Darüber hinaus wird die Arbeit als Allgemeinmediziner in den Berggebieten durch mehreren Faktoren erschwert. Generell ist der Verdienst eines Allgemeinmediziners tiefer als der eines Spezialarztes, was Medizinstudenten den Anreiz gibt, sich auf ein Gebiet zu spezialisieren. Hausärzte in den Berggebieten verfügen tendenziell über ein grosses Einsatzgebiet und sind meistens der einzige Arzt im Tal. Dadurch müssen sie stets erreichbar sein und können nicht wie ihre städtischen Kollegen den Bereitschaftsdienst teilen und so auf einige Wochenenden im Jahr beschränken. Ein Teilzeitpensum ist in den meisten Fälle nicht möglich. Wegen diesen Rahmenbedingungen kommt der Beruf des Allgemeinmediziners und damit allgemeine medizinische Grundversorgung in den Berggebieten und den ländlichen Räumen unter Druck¹².

¹¹ Homepage Obsan, www.obsan.admin.ch

¹² Prestations médicales de base dans les régions de montagne et les zones rurales, SAB, 2010

Abbildung 10: Dichte der ärztlichen Grundversorger nach Kantonen, 2011



Quelle: *Ärzte und Ärztinnen in der Schweiz, Obsan, 2011*

Um diesem Trend entgegenzuwirken, müssen in den Berggebieten und den ländlichen Räumen innovative Massnahmen ergriffen werden. Das Unterengadin zum Beispiel definiert sich als Gesundheitsregion und versucht ganzheitliche Dienstleistungsangebote im Bereich Gesundheit für Touristen und Einheimische bereitzustellen. Die Grundidee besteht darin, dass sich Kranke im Unterengadin behandeln lassen und erholen. Dieser Gesundheitstourismus sichert die lokale Gesundheitsinfrastruktur und generiert gutbezahlte Arbeitsplätze.

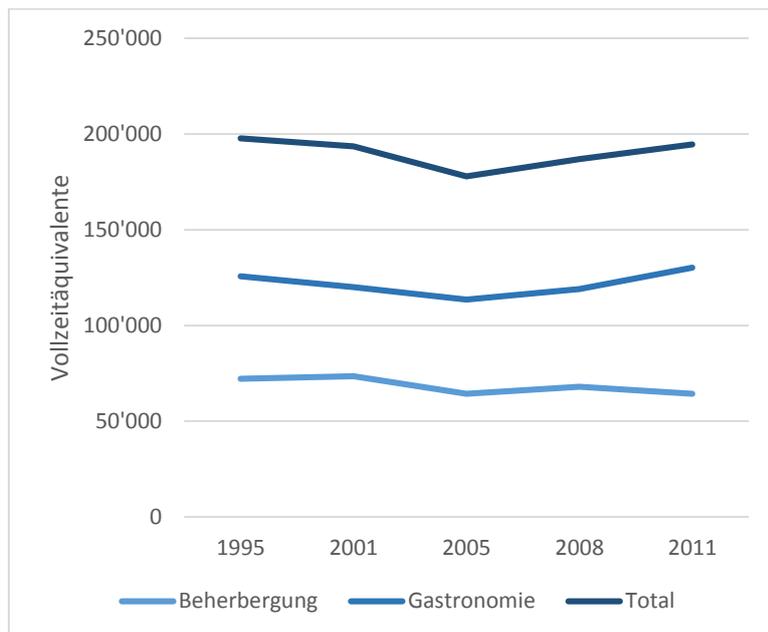
1.2.5 Gastgewerbe

Das Gastgewerbe, sowohl die Gastronomie als auch die Beherbergung, sind vor allem im Wallis und in Graubünden sehr stark vertreten. In Graubünden ist die Beherbergungsbranche mit 10'720 Vollzeitäquivalenten der grösste Arbeitgeber im Kanton. 2011 arbeiteten schweizweit 194'000 Personen im Gastgewerbe (Gastronomie 130'245 Personen, Beherbergung 64'311 Personen).

1.2.5.1 Nachfrage nach Arbeitskräften

Die Schweizer Hotellerie verzeichnete im Jahr 2013 insgesamt 35.6 Millionen Logiernächte, was gegenüber 2012 einer Zunahme von 2.4% entspricht. Die Nachfrage nach Arbeitskräften in dieser Branche hat sich nach einem leichten Rückgang im Jahr 2005 wieder erholt.

Abbildung 11: Entwicklung der Arbeitskräfte im Gastgewerbe in der Schweiz von 1995-2011



Quelle: eigene Darstellung mit Daten des BFS

1.2.5.2 Angebot an Arbeitskräften

Im Gastgewerbe hatten letztes Jahr durchschnittlich 13'900 Personen keinen Job. Dies entspricht 9.7% aller Erwerbstätigen in der Branche. Wie bereits beim Baugewerbe muss auch hier die saisonbedingte Nachfrage der Arbeit bedacht werden, weshalb in diesem Fall die offiziellen Arbeitslosenzahlen kein idealer Indikator zur Messung der Auslastung des Arbeitsmarktes im Gastgewerbe sind.

Eine Eigenheit des Gastgewerbes in der Schweiz ist der hohe Anteil an ausländischen Arbeitskräften. Gemäss dem Schweizerischen Tourismusverband kann die personalintensive Branche ohne ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht funktionieren. Der Ausländeranteil betrug 2012 44%, was rund 77'000 ausländischen Arbeitskräften entspricht.

1.2.5.3 Eigenheiten in den Berggebieten

Die Berggebiete nehmen eine überragende Stellung im Schweizer Tourismus ein, so zum Beispiel im Wintertourismus mit den international bekannten Skiresorts in Graubünden oder im Wallis. Die Regionen Graubünden (14%), Wallis (11%), Berner Oberland (10%) und Tessin (7%) stehen für einen 42% aller Logiernächte in der Schweiz.

Abbildung 12: Hotellogiernächte in den Tourismus Regionen

2013	Logiernächte	%
Zürich Region	5'477'612	15%
Graubünden	5'160'975	14%
Wallis	3'887'712	11%
Berner Oberland	3'649'330	10%
Luzern / Vierwaldstättersee	3'414'116	10%
Genf	2'883'245	8%
Genferseegebiet	2'602'503	7%
Tessin	2'405'434	7%
Ost-Schweiz	1'933'056	5%
Basel Region	1'488'452	4%
Bern Region	1'483'595	4%
Jura und Drei-Seen-Land	764'456	2%
Fribourg Region	473'397	1%
Schweiz Total	35'623'883	100%

Quelle: eigene Darstellung mit Daten des BFS

Jedoch haben gerade diese grossen Tourismusregionen in den letzten Jahren einen grossen Rückgang an Hotellogiernächten verzeichnen müssen. So zum Beispiel im Kanton Graubünden (-17.3%), im Kanton Wallis (-15.3%) und im Kanton Tessin (-9.8%). Einzig im Kanton Jura haben die Logiernächte zwischen 2008 – 2013 zugenommen (+34.6%) jedoch auf einem tiefen Niveau. In allen ausgewählten Kantonen – mit Ausnahme des Kantons Jura – sind die Logiernächte stärker gesunken als im Schweizer Durchschnitt (-4.6%).

Abbildung 13: Entwicklung Hotellogiernächte in den Kantonen von 2008 - 2013

Logiernächte 2013	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2008-2013
Glarus	146'781	148'970	147'750	131'551	124'220	127'089	-13.4%
Graubünden	6'239'848	5'885'436	5'807'455	5'365'622	5'064'195	5'160'975	-17.3%
Jura	79'719	89'088	84'549	102'744	106'495	107'315	34.6%
Tessin	2'667'093	2'607'592	2'487'164	2'372'103	2'300'023	2'405'434	-9.8%
Uri	262'394	255'617	246'490	251'380	227'991	227'539	-13.3%
Wallis	4'590'028	4'392'327	4'264'609	4'077'814	3'986'169	3'887'712	-15.3%
Schweiz	37'333'769	35'588'893	36'207'812	35'486'256	34'766'273	35'623'883	-4.6%

Quelle: eigene Darstellung mit Daten des BFS

1.2.6 Landwirtschaft

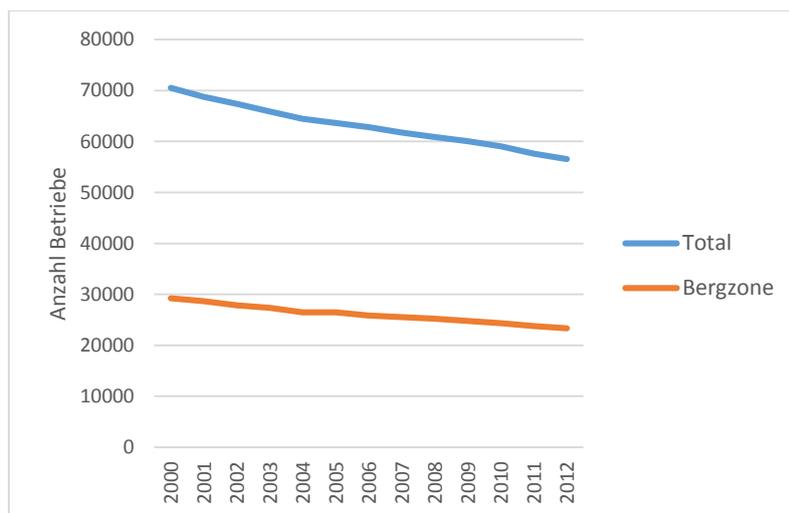
Die Landwirtschaft ist bezüglich der Arbeitsplätze in der Schweiz nicht einer der grossen Arbeitszweige. 2011 gab es in der Branche „Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten“ (NOGA 01) in der ganzen Schweiz etwas mehr als 103'000 Vollzeitäquivalente.

Trotzdem ist die Landwirtschaft in den analysierten Kantonen äusserst wichtig. Gerade in den kleineren, rural geprägten Kantonen nimmt sie immer noch eine herausragende Stellung ein - auch als eine Branche mit beachtlichen Vollzeitäquivalenten. So ist die Landwirtschaft im Kanton Uri und im Kanton Jura mit einem VZÄ-Anteil von 6.8% bzw. 6.9% immer noch ein wichtiger Arbeitgeber. In den übrigen Kantonen spielt die Landwirtschaft bezüglich Beschäftigung eine eher untergeordnete Rolle.

1.2.6.1 Arbeiternachfrage

Die Anzahl Landwirten nimmt wegen dem Strukturwandel in dieser Branche seit Jahrzehnten ab. Auch die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist rückläufig und sank gesamtschweizerisch im Jahr 2012 auf 56'575 Betriebe - vor zehn Jahren waren es noch mehr als 67'000 Betriebe. Der Wandel läuft im Talgebiet rascher ab als in den Berggebieten, da die Möglichkeiten für Betriebsvergrösserungen in den Bergen beschränkt sind. In der Bergzone I bis IV gab es im Jahr 2012 noch 23'369 Betriebe.

Abbildung 14: Entwicklung der Bauernbetriebe von 2000 - 2012



Quelle: eigene Darstellung basierend auf Daten des BFS

1.2.6.2 Arbeiterangebot

Gemäss dem Bundesamt für Statistik gab es 2013 durchschnittlich 1'183 Arbeitslose in der Landwirtschaft, was einer Arbeitslosenquote von 2.3% entspricht.

In der Schweizer Landwirtschaft sind rund 20'000 ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, vor allem im Gemüsebau. Diese ausländischen Arbeitskräfte tragen gemäss dem Schweizerischen Bauernverband (SBV) stark zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Wertschöpfung der Branche bei. Insbesondere Betriebe mit arbeitsintensiven Kulturen sind auf diese Arbeitskräfte angewiesen¹³. Auch die Alpwirtschaft beschäftigt laut Schätzungen des Schweizerischen Alpwirtschaftlichen Verbands (SAV) saisonal rund 1'500 ausländische Arbeitskräfte.

¹³ Medienmitteilung des Schweizer Bauernverbands vom 3. Dezember 2013

1.2.6.3 Eigenheiten im Berggebiet

Die Landwirtschaft spielt in den Berggebieten nicht nur als Arbeitsplatz sondern auch für die Identitätsstiftung eine wichtige Rolle. Zudem pflegt die Agrarwirtschaft in diesen Gebieten das Landschaftsbild, was für den Tourismus von grosser Bedeutung ist. Die Stärkung der Bergbauern ist eine wichtige Massnahme, um eine weitere Abwanderung der Bevölkerung aus den Bergdörfern in die Zentren zu verlangsamen.

Abbildung 15: Entwicklung der Vollzeitäquivalente in der Landwirtschaft nach Kantonen

	1995	2001	2005	2008	2011	1995-2011
Uri	1'363	1'065	857	904	870	-36.2%
Glarus	1'139	836	739	713	671	-41.1%
Graubünden	6'616	5'294	4'497	4'454	4'114	-37.8%
Tessin	2'784	2'382	1'940	1'932	1'847	-33.7%
Wallis	7'367	6'748	6'178	5'467	5'036	-31.6%
Jura	2'783	2'608	2'384	2'233	2'082	-25.2%

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Daten des BFS

Die obenstehende Graphik zeigt den massiven Rückgang an VZÄ in der Landwirtschaft seit 1995. Im Kanton Glarus (-41.1%) und im Kanton Graubünden (-37.8%) nahm die Beschäftigung am schnellsten ab.

1.3 Analyse der ausländischen Arbeitskräfte

1.3.1 Anteile ausländischer Arbeitskräfte in den Branchen

In den Branchenanalysen wurde bereits auf den hohen Anteil an ausländischen Arbeitskräften hingewiesen. Meist kommen Arbeitskräfte in die Schweiz, wenn zu wenig qualifiziertes inländisches Personal vorhanden ist. Unternehmen werben Mitarbeiter aus dem Ausland an, um den Arbeitermangel auszugleichen und weiter wachsen zu können. Die untenstehende Abbildung zeigt die Entwicklung der Ausländeranteile in den verschiedenen Branchen seit dem Inkrafttreten des Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU im Jahr 2003.

Abbildung 16: Entwicklung der Ausländeranteil in den NOGA Wirtschaftsabschnitte von 2003 - 2013

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Landwirtschaft	4.4%	4.4%	5.6%	5.2%	4.3%	3.8%	5.3%	6.1%	7.2%	7.5%	8.1%
Verarbeitendes Gewerbe	26.3%	26.2%	26.0%	26.1%	26.2%	27.7%	27.8%	28.6%	28.9%	29.0%	29.9%
Baugewerbe	30.5%	30.8%	30.4%	29.5%	28.9%	32.6%	33.4%	33.0%	33.6%	33.6%	32.7%
Handel	21.9%	22.1%	21.9%	21.7%	22.5%	23.0%	23.5%	24.3%	24.4%	25.8%	26.4%
Verkehr	17.0%	16.3%	15.7%	17.2%	17.5%	18.2%	18.8%	20.8%	21.1%	19.4%	19.7%
Gastgewerbe	40.8%	41.6%	44.6%	41.4%	42.2%	42.5%	41.8%	41.9%	42.6%	44.0%	43.1%
Information und Kommunikation	21.5%	20.9%	20.2%	18.6%	19.5%	20.7%	21.0%	22.0%	24.9%	23.4%	24.5%
Finanzbranche	15.7%	15.8%	16.7%	16.8%	17.9%	18.5%	20.7%	19.6%	21.5%	21.4%	21.0%
wirtschaftliche DL + Grundstückwesen	18.2%	19.2%	19.5%	23.0%	24.8%	28.9%	30.1%	27.8%	29.8%	33.3%	32.9%
Technische Dienstleistungen	20.8%	19.3%	20.5%	21.5%	21.0%	19.6%	21.3%	20.9%	20.6%	21.5%	24.4%
Öffentliche Verwaltung	7.7%	9.7%	10.5%	10.9%	10.8%	11.5%	8.2%	7.3%	7.1%	6.7%	7.6%
Erziehung und Unterricht	12.9%	13.0%	13.6%	13.9%	13.6%	13.4%	14.5%	15.2%	14.6%	15.2%	16.3%
Gesundheits- und Sozialwesen	19.4%	19.0%	19.3%	19.4%	19.3%	19.7%	20.4%	18.8%	19.7%	20.0%	19.7%
Sonstige Dienstleistungen	20.6%	20.4%	20.6%	19.8%	21.5%	21.5%	22.3%	23.0%	23.4%	25.7%	24.9%
Total	20.6%	20.6%	20.9%	21.0%	21.3%	21.9%	22.6%	22.7%	23.2%	23.7%	24.0%

Von 2003 bis 2013 Durchschnitt 2. Quartal / ab 2010: Jahresdurchschnittswerte

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Daten des BFS

Die Abbildung zeigt die grossen Unterschiede zwischen den Branchen bezüglich dem Anteil ausländischer Arbeitskräfte. Die Ausländeranteile reichen von 7.6% in der öffentlichen Verwaltung bis zu 43.1% im Gastgewerbe.

Für die Berggebiete wichtige Branchen weisen meist hohe Ausländeranteil auf: das verarbeitende Gewerbe (29.9%), das Gastgewerbe (43.1%), das Baugewerbe (32.7%), der Handel (26.4%) und das Gesundheitswesen (19.7%). Die Landwirtschaft hat einen vergleichsweise tiefen Ausländeranteil. Innerhalb der Branche jedoch hat sich der Anteil an Ausländern nahezu verdoppelt von 4.4% im 2003 auf 8.1% im Jahr 2013.

1.3.2 Grenzgänger

Im international vernetzten Arbeitsmarkt der Schweiz kommt den Grenzgängern, Personen die in der Schweiz arbeiten und im nahen Ausland wohnen, eine entscheidende Rolle zu. Im 3. Quartal 2013 beschäftigten Unternehmen in der Schweiz mehr als 277'000 Grenzgänger. Besonders intensiv ist der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt in der Genferseeregion (96'000 Personen), im Tessin (59'000 Personen) und in der Nordwestschweiz (65'000 Personen).

Abbildung 17: Grenzgänger im Schweizer Arbeitsmarkt, 3. Quartal 2013

GENFERSEEREGION	96'090	35%
MITTELLAND	22'274	8%
NORDWESTSCHWEIZ	65'415	24%
ZÜRICH	8'844	3%
OSTSCHWEIZ	23'821	9%
ZENTRALSCHWEIZ	1'603	1%
TESSIN	59'310	21%
TOTAL	277'357	100%

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Daten des BFS

Grenzgänger werden meistens als städtisches Phänomen wahrgenommen, sie sind aber auch für andere Teile der Schweiz wichtig. Für den Kanton Jura zum Beispiel ist die Uhrenindustrie mit Abstand der wichtigste Wirtschaftszweig. Ohne die Grenzgänger hätten die Uhrenmanufakturen Probleme hochqualifizierte Mitarbeiter zu finden.¹⁴ Auch der Kanton Graubünden und der Kanton Wallis haben eine beträchtliche Anzahl an Grenzgängern.

Abbildung 18: Grenzgänger/innen in den ausgewählten Kantonen

Jahr und Quartalsdurchschnitt			
	2011	2012	2013
Tessin	51'576	55'567	58'553
Jura	5'969	6'484	6'866
Graubünden	4'539	4'868	5'195
Wallis	2'242	2'525	2'756
Glarus	26	53	67
Uri	9	11	17
Schweiz	248'388	265'045	275'615

Quelle: Bundesamt für [Statistik](#)

¹⁴ Die Franzosen geben den Takt an, [NZZ](#), 22. April 2013

2 Politische Rahmenbedingungen

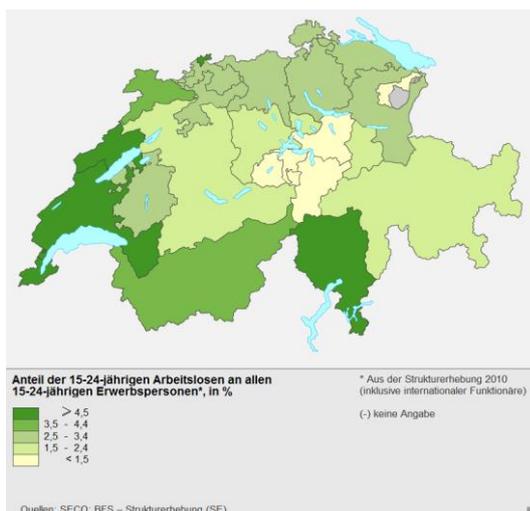
Im folgenden Kapitel wird erläutert, inwiefern der Staat Voraussetzungen für einen gut funktionierenden Arbeitsmarkt schaffen kann. Dabei wird speziell auf die Bildungslandschaft, die Bilateralen Abkommen mit der EU, die Infrastruktur für die Grenzgänger und das real verfügbare Einkommen in den einzelnen Regionen eingegangen.

2.1 Bildungslandschaft

Eine gute Bildungslandschaft erweitert das Angebot an inländischen Arbeitskräften. Die Anpassung der Ausbildung an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ist entscheidend. Bildet man nicht die geeigneten Fachkräfte aus, müssen diese aus dem Ausland angeworben werden. Dadurch entstehen Kosten und die staatliche Investition in die Bildung kann nicht entsprechend genutzt werden.

Die Bildungslandschaft ist ein wichtiges Instrument innerhalb der staatlichen Möglichkeiten zur Optimierung des Arbeitsmarktes. Das duale Bildungssystem der Schweiz, welches neben der universitären Ausbildung einen zweiten Bildungsweg ermöglicht, ist ein Erfolgsmodell. Die Schweiz hat europaweit¹⁵ die tiefste Jugendarbeitslosigkeit (3.2%¹⁶) und ist eine der innovativsten Volkswirtschaften¹⁷. Diese Bildungsinfrastruktur muss gepflegt und ausgebaut werden. Die regionalen Unterschiede bei der Jugendarbeitslosigkeit zeigen Handlungsbedarf in den Berggebieten.

Abbildung 19: Jugendarbeitslosigkeit nach Kantonen, 2010



Quelle: SECO, BFS

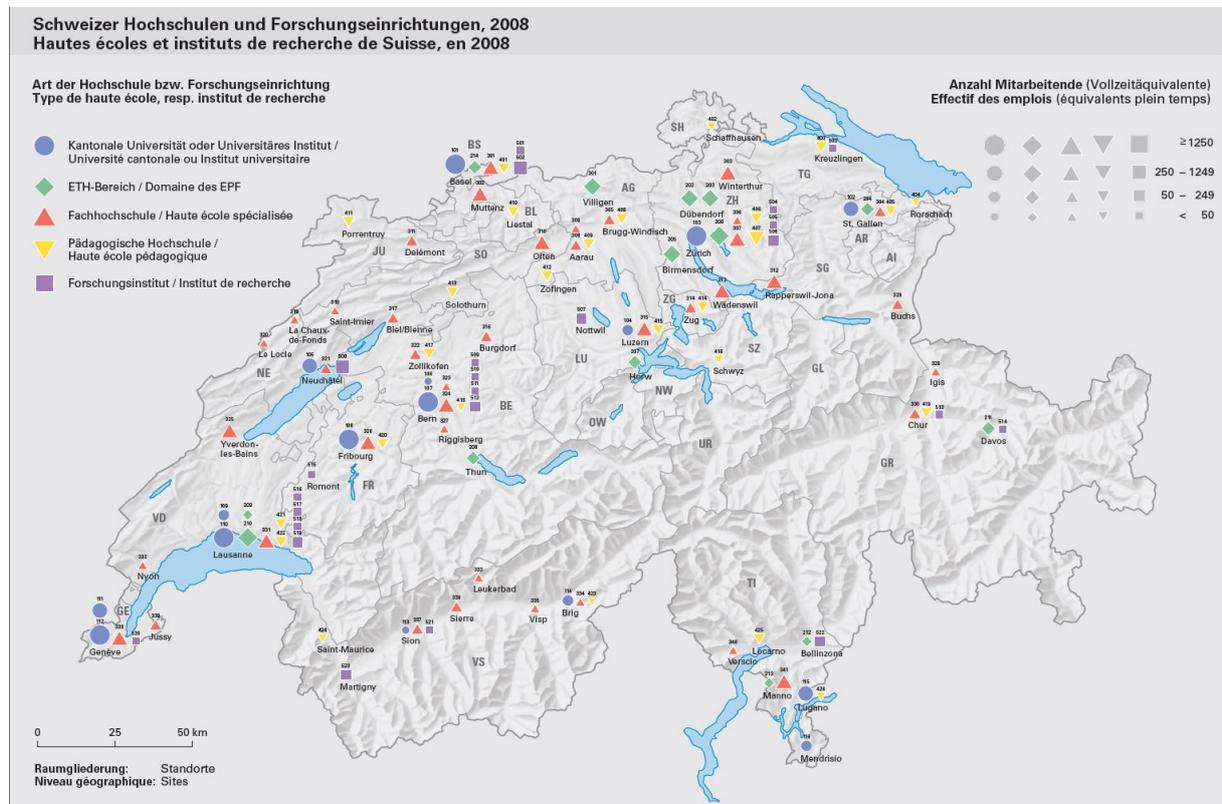
¹⁵ Homepage Statista, <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/> (zugegriffen: 08.04.2014)

¹⁶ SECO, Februar 2014

¹⁷ NZZ, 12. April 2012 <http://www.nzz.ch/aktuell/wirtschaft/uebersicht/patentanmeldungen-als-zeichen-der-wettbewerbsfaehigkeit-1.16398015> (zugegriffen: 08.04.2014)

Wie die untenstehende Graphik zeigt, gibt es noch ein grosses Potenzial im Ausbau von Fachhochschulen in der Schweiz.

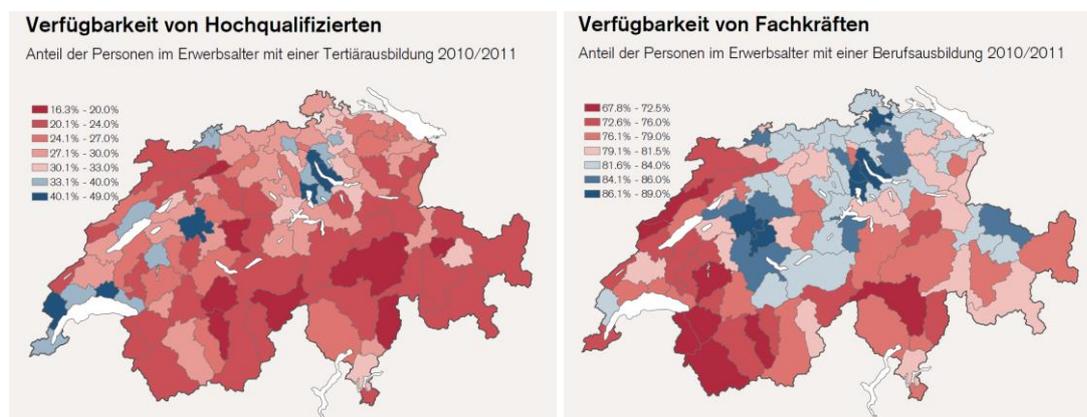
Abbildung 20: Schweizer Hochschulen und Forschungseinrichtungen, 2008



Quelle: Bundesamt für [Statistik](#)

Eine Untersuchung zur Verfügbarkeit von Hochqualifizierten¹⁸ und Fachkräften¹⁹ der Credit Suisse zeigt, den grossen Unterschied zwischen den urbanen Gebieten einerseits und den Berggebieten sowie dem ländlichen Raum andererseits.

Abbildung 21: Verfügbarkeit von Hochqualifizierten und Fachkräften



Quelle: Standortqualität der Schweizer Kantone und Regionen, Credit Suisse, 2013

¹⁸ Hochqualifizierten gemäss der Definition der CS Studie über einen Abschluss auf Hochschulstufe oder eine höhere Fach- und Berufsausbildung.

¹⁹ Fachkräfte umfasst neben den Hochqualifizierten auch Personen mit einer beruflichen Grundausbildung.

2.2 Bilaterale Abkommen

Die Vertragspakete Bilaterale I (seit 2002 in Kraft) und Bilaterale II (seit 2008 in Kraft) regeln die Grundzüge der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Die bilateralen Verträge stellen einen Kompromiss zwischen einem EU-Beitritt und einer Abschottung von der EU dar. Im Paket der Bilateralen I sind sieben Dossiers zwischen der Schweiz und der EU geregelt (Personenfreizügigkeit, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft, Landverkehr, Luftverkehr und Forschung).

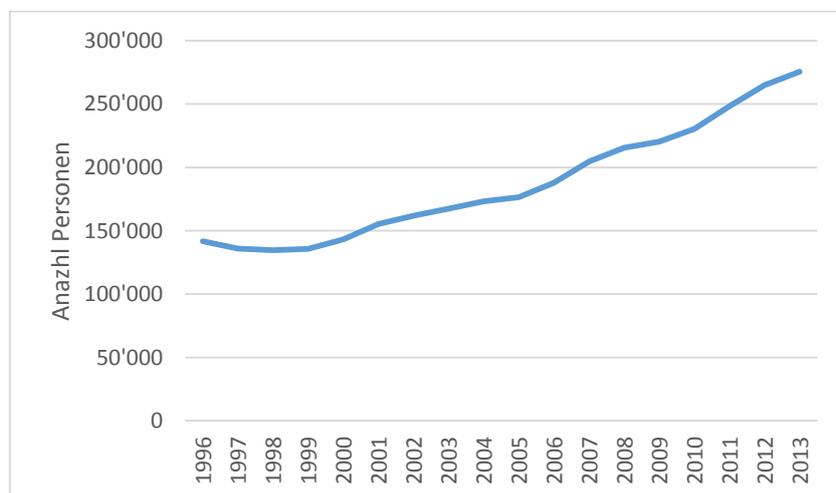
Die am 9. Februar 2014 in der Volksabstimmung angenommene Masseneinwanderungsinitiative verlangt eine Kontingentierung von Ausländern und einen Inländervorrang. Deshalb will der Bundesrat das aktuelle Personenfreizügigkeitsabkommen neu verhandeln. Vom Erfolg dieser Verhandlungen hängt ab, ob die Personenfreizügigkeit mit dem neuen Verfassungsartikel in Übereinstimmung gebracht werden kann oder nicht. Falls nicht, müsste das Personenfreizügigkeitsabkommen gekündigt werden. Eine solche Kündigung hätte wegen der Guillotineklausele eventuell zur Folge, dass alle Verträge zu den sieben Dossiers der Bilateralen I aufgelöst werden. Dies würde eine fundamentale Kehrtwende im Verhältnis zwischen der Schweiz und ihren Nachbarländern darstellen.

Um den funktionierenden Arbeitsmarkt in der Schweiz zu erhalten, müssen Unternehmen bei einem Mangel an inländischen Arbeitskräften relativ einfach die Möglichkeit haben, die jeweiligen Fachkräfte aus dem Ausland zu rekrutieren. Dies muss bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative beachtet werden.

2.3 Infrastruktur in Bezug auf die Grenzgänger

Die Zahl der Grenzgänger hat im letzten Jahrzehnt rasant zugenommen von 150'000 im Jahr 1996 auf fast 300'000 im Jahr 2013.

Abbildung 22: Entwicklung Anzahl Grenzgänger von 1996 – 2013 im Jahresdurchschnitt



Quelle: eigene Darstellung mit Daten des BFS

Diesem unerwartet starken Anstieg der Grenzgänger folgte kein entsprechender Ausbau der Infrastruktur. Die Folge davon sind Überlastungserscheinungen, vor allem auf der Schiene und der Strasse.

Eindrücklich zeigt sich dieses Problem in Le Locle, im Herz der Schweizer Uhrenindustrie. Da es kaum grenzüberschreitende Zug- oder Busverbindungen gibt, kommen fast alle Grenzgänger mit dem Auto zur Arbeit - 25'000 bis 27'000 Autos täglich. Zu den Stosszeiten verzeichnet das Städtchen gar 4'000 Wagen pro Stunde – ein hoher Wert für eine Ortschaft mit 10'000 Einwohnern. Ähnlich präsentiert

sich die Lage im Vallée de Joux und an den Grenzübergängen im Kanton Jura. Natürlich sind nicht nur die französischen Grenzgänger für das hohe Verkehrsaufkommen verantwortlich, aber sie haben grossen Anteil daran. 98% der Grenzgänger des Jurabogens fahren mit dem Auto zur Arbeit, und neun von zehn sind allein unterwegs²⁰.

Im Grenzkanton Tessin kennt man ähnliche Probleme. Die hohe Zahl der Arbeitspendler aus dem südlichen Nachbarland lässt das labile Verkehrssystem der Südschweiz fast täglich zusammenbrechen. Auch hier reisen fast alle Grenzgänger mit dem Auto an. Sie summieren sich zum einheimischen Strassenverkehr²¹.

Um die negativen Effekte dieser Entwicklung abzuschwächen braucht es einen intensiven Ausbau der grenzüberschreitenden Transportinfrastruktur. Speziell die Grenzregionen in den Berggebieten und dem ländlichen Raum haben einen hohen Ausbaubedarf.

²⁰ *Die Franzosen geben den Takt an*, [NZZ](#), 22. April 2013

²¹ *Eisige Stimmung gegen Grenzgänger*, [Tagesanzeiger](#), 05. Januar 2014

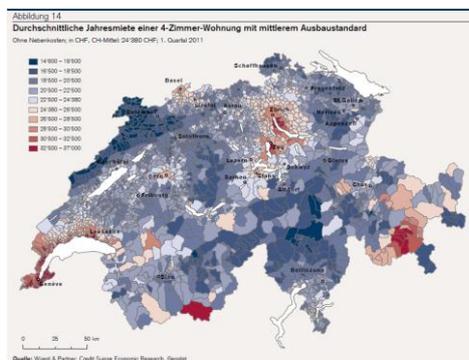
2.4 Real verfügbares Einkommen

Die Immigration von Fachkräften in die Schweiz wird auch in Zukunft nötig sein. Um für Arbeitskräfte attraktiv zu bleiben, müssen die Berggebiete ihre Standortattraktivität steigern.

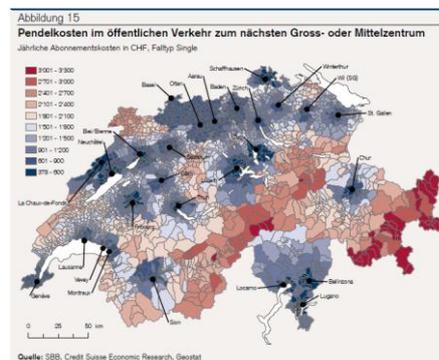
Die Credit Suisse veröffentlicht periodisch eine Studie zur Standortqualität der Schweizer Kantone und Gemeinden. Um das frei verfügbare Einkommen zu ermitteln werden vom Einkommen (Erwerbseinkommen/Transfereinkommen) folgende Zwangsabgaben abgezogen:

- ➔ Einkommenssteuern
- ➔ Obligatorische Krankenkassenprämien
- ➔ Wohnkosten (Miete/Wohneigentumskosten)
- ➔ Pendelbezogene Mobilitätskosten
- ➔ Weitere Kosten (Vermögenssteuer, 2. Säule, Sozialversicherungsbeiträge, Nebenkosten, Energiekosten)

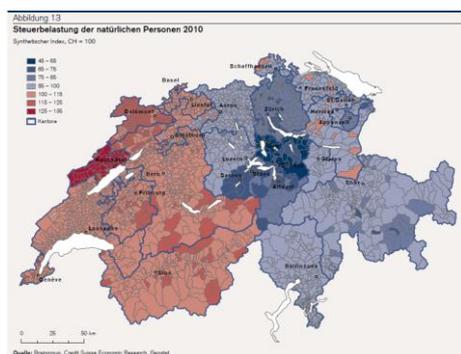
Wohnkosten



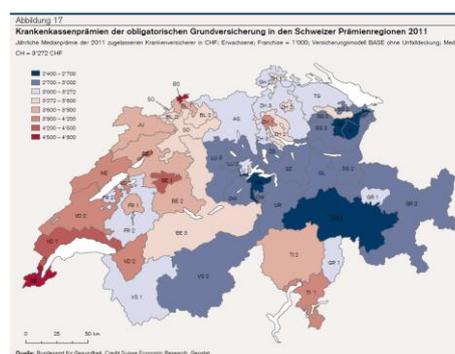
Pendelbezogene Mobilitätskosten



Einkommenssteuern



Obligatorische Krankenkassenprämien



Quelle: Das verfügbare Einkommen in der Schweiz, Credit Suisse, 2011

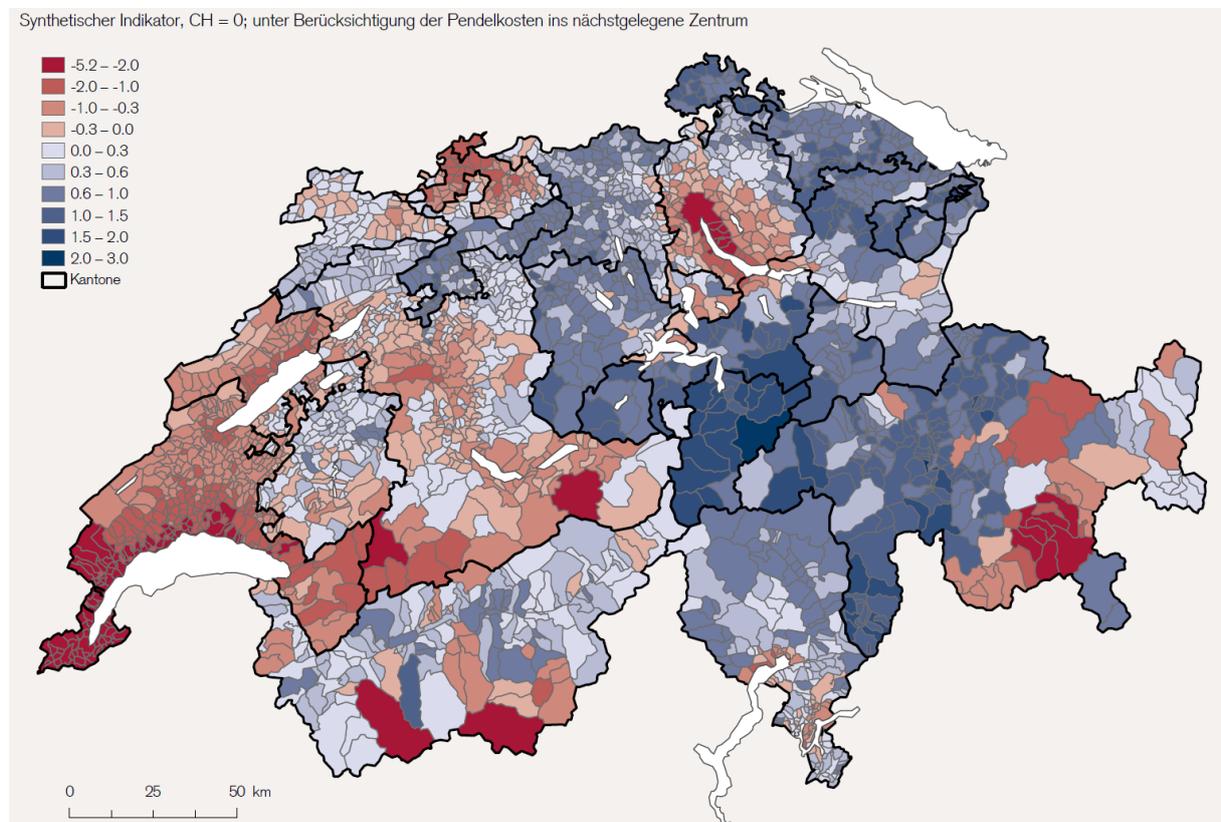
Hohe Wohnkosten zahlt man einerseits in urbanen Gebieten wie Genf, Lausanne, Zürich oder Zug, andererseits in weltweit bekannten Tourismusdestinationen wie Zermatt, St. Moritz oder Gstaad. Ansonsten sind die Wohnkosten in den Berggebieten und dem ländlichen Raum moderat. Das wirkt sich positiv auf die Standortqualität aus.

In steuerlicher Hinsicht gibt es grosse Unterschiede zwischen den Westschweizer Kantonen und den übrigen Kantonen. Insbesondere die Innerschweiz hat durch einen intensiven kantonalen Steuerwettbewerb eine sehr tiefe Steuerbelastung. Tiefe Steuern sind jedoch kein generelles Standortmerkmal der Berggebiete.

Bezüglich der pendelbezogenen Mobilitätskosten bewirkt die Topographie der Berggebiete eine klare Benachteiligung gegenüber den städtischen Gebieten. Kantonale Bestimmungen können diesen Standortnachteil abschwächen oder noch verschärfen. Der Kanton Wallis kennt zum Beispiel die tiefste Verkehrssteuer für Autos in der Schweiz, der Kanton Graubünden hingegen die höchste.

In Bezug auf die Krankenkassenprämien werden die Unterschiede zwischen den Kantonen durch die Prämienverbilligungen verstärkt. Meist werden Haushalte mit einer bereits tieferen Belastung durch kantonale Verbilligungen weiter entlastet. Auch hier lässt sich kein pauschaler Standortvorteil für die Berggebiete erkennen.

Abbildung 23: Frei verfügbares Einkommen in den Schweizer Gemeinden, 2011



Quelle: *Das verfügbare Einkommen in der Schweiz, Credit Suisse, 2011*

Die Analysen der CS Studie zeigen, dass das frei verfügbare Einkommen in den Berggebieten sehr unterschiedlich ausfällt. Während Wohnkosten und Krankenkassenprämien die Standortqualität in den meisten Gemeinden positiv beeinflusst, wirken sich pendelbezogene Mobilitätskosten und Steuern eher negativ darauf aus. Generell bleibt den Einwohnern in den Berggebieten jedoch mehr als denen in urbanen Regionen.

3 Position der SAB

3.1 Ausgangslage

Die Berggebiete weisen als Wirtschaftsstandort im internationalen und nationalen Wettbewerb erschwerte Bedingungen auf. Jedoch kann die Bergbevölkerung nur durch wirtschaftliches Wachstum und Innovation langfristig bestehen. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen spielt dabei eine grundlegende Rolle. Diese wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden in letzter Zeit jedoch noch verschlechtert – beispielsweise durch zusätzliche Schutzauflagen zu Lasten der Berggebiete im Bereich Umweltschutz oder Raumplanung oder durch die von der Masseneinwanderungsinitiative geforderte Kontingentierung der ausländischen Arbeitskräfte. Deshalb soll hier dargelegt werden, wie die Politik wieder attraktive Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum schaffen kann.

3.2 Ausbildung²²

Der Schweizer Wirtschaft mangelt es an Fachkräften. Deshalb hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) 2011 eine Fachkräfteinitiative lanciert. Das Ziel: In Hinblick auf die demographische Entwicklung in Europa soll das inländische Potenzial an Fachkräften verstärkt ausgeschöpft werden. Die SAB unterstützt diese Initiative.

Der Zugang zu Fachhochschulen und Universitäten ist sehr wichtig und muss unter anderem durch das Stipendienwesen gefördert werden. Die SAB unterstützt die Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes.

Das duale Bildungssystem der Schweiz ist ein Erfolgsmodell und muss weiter geführt werden. Die Berufslehre leistet einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung von Fachkräften.

Dezentrale Ausbildungsstandorte, wie z.B. die EPFL Valais Wallis und die HTW in Chur, sind essentiell zur besseren Ausschöpfung des Humankapitals der Berggebiete. Durch dezentrale Bildungseinrichtungen lassen sich Spin-offs ansiedeln, welche als innovative Unternehmen zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in den Berggebieten beitragen.

Die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) fördert die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und hilft den Wissens- und Technologietransfer (WTT) zu optimieren. Die SAB unterstützt diese Bestrebungen findet aber, dass sich die KTI verstärkt mit räumlichen Fragestellungen auseinandersetzen sollte. Sie muss deshalb besser mit der Regionalpolitik koordiniert werden.

Der Dialog zwischen der Wissenschaft und der Regionalentwicklung muss weiter gestärkt werden. Die SAB hat dazu in Zusammenarbeit mit der Interakademische Kommission Alpenforschung (ICAS) eine Dialogplattform eingerichtet.

Die Bestrebungen des Bundesrates durch eine kontinuierliche Weiterbildung und eine Aktivierung freier Potenziale der Bevölkerung die Nachfrage nach Fachkräften vermehrt durch Inländer decken zu können findet die SAB richtig.

²² Stellungnahme der SAB zur Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes, 2006

3.3 Standortattraktivität²³

Um in den Berggebieten mehr Unternehmen anzulocken und damit mehr Arbeitsplätze zu schaffen, muss die Standortattraktivität erhöht werden. Dabei gilt es die Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen in den Berggebieten aufrecht zu erhalten.

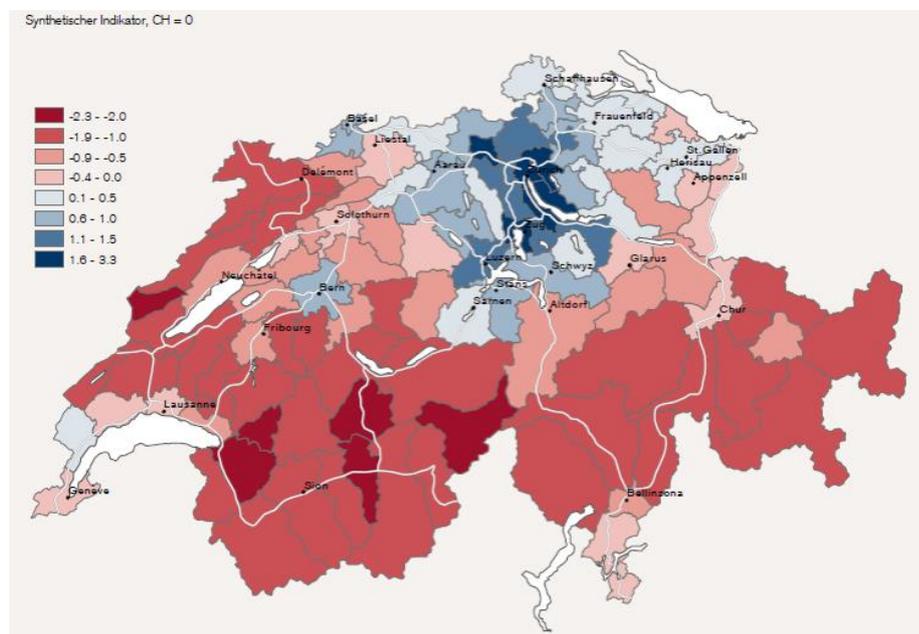
Der Bundesrat will den Werkplatz Schweiz stärken, indem der Wettbewerb im Inland erhöht wird und dadurch die zur Verfügung stehenden Ressourcen in produktive Branchen fließen. Durch eine internationale Öffnung bekommt die Schweizer Industrie Zugang zu kostengünstigen internationalen Vorleistungen, was einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil für Schweizer Unternehmen darstellt.

Um den Arbeitsmarkt auch in Zukunft dynamisch und attraktiv zu halten, muss der Zuzug von ausländischen Arbeitskräften ermöglicht werden. Dies gilt es bei der Umsetzung der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ zu berücksichtigen. Die SAB unterstützt weder eine kantonale Kontingentierung ausländischer Arbeitskräfte noch eine Kontingentierung nach Branchen.

Die Entwicklung der Grenzgänger in den letzten 10 Jahren (+ 108'000 Personen (+ 63%) auf 275'000 Grenzgänger im Jahr 2013) erfordert den Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastrukturen und Verkehrsmanagementsysteme. Spezielles Augenmerk gilt es dabei auf die bisher vernachlässigten Grenzregionen in den Berggebieten (Jura, Wallis, Graubünden, Tessin) zu legen.

Auf kantonaler Ebene müssen die Standortfaktoren in den Berggebieten verbessert werden. Der nationale Steuerwettbewerb zwingt die Bergkantone ihre Steuern senken, um den Anschluss nicht zu verlieren. Des Weiteren soll die Mobilität der Arbeitskräfte und Studierenden gewährleistet werden. Dazu gehört unter anderem eine Beibehaltung des Pendlerabzugs auf kantonaler Ebene.

Abbildung 24: Standortqualität der Schweizer Kantone und Regionen



Quelle: Studie Standortqualität der Schweizer Kantone und Regionen, Credit Suisse, 2013

²³ Studie „Standortqualität der Schweizer Kantone und Regionen“ von Credit Suisse, 2013

„Aktionsplan Wirtschaft“ der SAB, 2009

Die SAB fordert die Rahmenbedingungen für KMU im Berggebiet durch eine angemessene Verwaltungspraxis zu optimieren. Das Image der Berggebiete als Arbeitsplatzstandort soll durch ein eigenständiges Profil, welches sich klar von den städtischen Ballungsräumen abgrenzt, verbessert werden. Die betriebsübergreifende Zusammenarbeit unter den KMUs verspricht in gewissen Bereichen Synergieeffekte. Zudem soll eine internationale Zusammenarbeit im Sinne einer makroregionalen Strategie für die Alpen forciert werden.

3.4 Gesundheitswesen²⁴

Die Kosten im Gesundheitswesen steigen stetig, die Gesundheitsleistungen in den Berggebieten nehmen jedoch ab. Diese paradoxe Entwicklung muss gestoppt werden. Die SAB setzt sich für eine flächendeckende, gute medizinische Versorgung ein. Dazu muss auch die Attraktivität des Hausarztberufs und der Pflegeberufe gesteigert werden durch eine entsprechende Ausbildung und Abgeltung der Leistungen. Der Numerus clausus an Schweizer Universitäten für Medizin muss abgeschafft werden, da die Schweiz durch diesen Numerus Clausus selber einen Engpass bei Ärzten schafft.

3.5 Tourismus²⁵

Um die Marktfähigkeit des Tourismus in den Berggebieten zu stärken, fordert die SAB in ihrer Road map zur Wiederentdeckung des alpinen Tourismus die Schaffung grösserer unternehmerischer Einheiten durch vertikale und horizontale Kooperationen und eine verstärkte Förderung von Beherbergungsbetrieben mit erhöhter regionaler Wertschöpfung. Die Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen und Bedürfnisse der Kunden kann durch innovative Produkte und sektorübergreifende Zusammenarbeit erreicht werden. Klare Qualitäts- und Marketingstrategien der touristischen Angebote in den Berggebieten helfen, den nötigen „Turn around“ im alpinen Tourismus zu schaffen.

3.6 Landwirtschaft

Es gilt den Strukturwandel zu verlangsamen und nicht durch die Politik zu forcieren. Der Wandel in der Landwirtschaft soll nur im Rahmen des Generationenwechsels stattfinden. Die SAB fordert in ihrem Strategiepapier zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik nach 2018 insbesondere folgende Punkte:

- Sicherung der Versorgung durch eine produzierende Landwirtschaft. Dazu müssen u.a. das Reformtempo bei der Agrarpolitik gedrosselt und der bürokratische Aufwand massiv reduziert werden.
- Sicherung der dezentralen Besiedlung, dazu gehört u.a. das Schaffen von Perspektiven für die junge Generation im ländlichen Raum.
- Ausschöpfung des strategischen Potenzials der Bergland- und Alpwirtschaft durch gezielte Vermarktung der Produkte mit entsprechenden Labels und durch eine Stärkung der praxisorientierten Forschung und Beratung.
- Berücksichtigung der Anliegen der Berglandwirtschaft bei internationalen Verhandlungen bspw. durch ein Rückgängig machen des Cassis-de-Dijon-Prinzips für Lebensmittel und den consequenten Schutz von Bergprodukten in der EU.

²⁴ Stellungnahme der SAB zum Gegenentwurf der Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“, 2010

²⁵ „Road map zur Wiederentdeckung des alpinen Tourismus“ der SAB, 2013